

# RS Vwgh 2022/3/10 Ra 2020/15/0103

JUSLINE Entscheidung

🕒 Veröffentlicht am 10.03.2022

## Index

16/02 Rundfunk  
23/04 Exekutionsordnung  
40/01 Verwaltungsverfahren  
91/01 Fernmeldewesen

## Norm

EO §35  
RGG 1999 §6 Abs3  
VVG §3 Abs2

## Hinweis auf Stammrechtssatz

GRS wie 2012/08/0020 E 15. Mai 2013 RS 3

## Stammrechtssatz

Einwendungen im Zusammenhang mit Rückstandsausweisen können sowohl auf Umstände gestützt werden, die schon vor der Entstehung des Titels entstanden waren, wenn der Verpflichtete nicht die Möglichkeit hatte, diese Tatsachen in einem der Entstehung des Titels vorangegangenen Verfahren geltend zu machen (vgl. Walter/Thienel, Verwaltungsverfahrensgesetze II2 § 3 VVG E 44), aber auch darauf, dass den Anspruch hemmende oder aufhebende Tatsachen erst nach Erlassung des Titels eingetreten sind (§ 3 Abs. 2 VVG iVm § 35 EO).

## European Case Law Identifier (ECLI)

ECLI:AT:VWGH:2022:RA2020150103.L04

## Im RIS seit

21.04.2022

## Zuletzt aktualisiert am

21.04.2022

**Quelle:** Verwaltungsgerichtshof VwGH, <http://www.vwgh.gv.at>